Berlin. Se. Maj. der König von Sachsen ist hier eingetroffen und von Sr. Maj. dem Kaiser, Sr. kaiserl. und königl. Hoheit dem Kronprinzen, den übrigen Prinzen des Königshauses und dem königl. sächsischen Gesandten v. Nostitz-Wallwitz am Bahnhofe empfangen worden.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Paris, 21. März. Boulevard. Rente 75,62. Anleihe 106,02. Italiener 91,70. Türken —. Türkenlose —. Spanier 61,31. Egypter 511,00. Ottomanen 647,06. Franzosen —. Lombarden —. Russ.

Leo Meyer,
Atelier für Zimmer-Dekoration und Styl-Möbel,
Ausstellung von Muster-Zimmern
einfachen und reichen Genres
1 Moseczinski-Strasse 1
Ecke Pragerstrasse, Parterre und erste Etage.

Stets das Neueste in
Hüten u. Schirmen
5 Neumarkt 5 und
29 Schloss-Strasse 29
Jacques Lippmann.
Fernsprechstelle No. 81.

Vortheilhafteste Bezugsquelle für
Tapisserie-Arbeiten
und alle zugehörigen Materialien.
Neuheiten stets am Lager.
Hartmann & Saam,
Schloss-Strasse Nr. 17, gegenüber dem Königl. Schlosse.

Tapisserie-Manufactur **C. HESSE,** Kgl. Hoflief., Dresden, Altmarkt.
Eine Partie Stickereien auf **Canevas** und **Fantasiestoffen,** sowie **Decken** verkaufe **ausserordentlich billig.**

Nr. 82. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 22. März: Mäßiger Nordwestwind, veränderliche Bewölkung, etwas Niederschlag, Temp. wenig verändert.

Dresden, 1884. **Sonnabend, 22. März.**

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das Abonnement für das zweite Quartal 1884 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.

Die Postanstalten des Deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Abonnement in Dresden bei unserer Expedition (incl. Bringerlohn) 2 Mark 50 Pf. vierteljährlich, bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet 2 Mark 75 Pf., in der Oesterreich-Ungarischen Monarchie 2 Gulden 29 Kreuzer excl. Agiozuschlag.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Pierer in Dresden.

Siebenundachtzig Jahre vollenden sich heute in dem Lebenslaufe des Kaisers Wilhelm. Welch ein Alter und welch ein Kaiser! Ein jedes Jahr, das die Vorsehung in solchen Ausnahmefällen einem Sterblichen zulegt, erscheint als ein doppelt gesegnetes Geschenk. Kaiser Wilhelm ist ein glücklicher Mann. Ihm ist es nach einem Leben voller Kampf und Krieg beschieden, daß ihm, als dem Fürsten und Hort des Friedens, die Völker eines ganzen Welttheils huldigen. Das Silberhaar mit Lorbeer geschmückt, doch der Welt den Oelzweig reichend, so steht er da, hochaufgerichtet, ein bewunderungswürdiger Herrscher, ein beneidenswerther Mann, der Vater eines Volkes, dessen Größe er geschaffen und dessen Wohlfahrt er erhaben über allen Wechsel der Zeit begründen möchte. Wenn in dem letzten Lebensjahre des Kaisers **eine** Thatsache immer deutlicher hervortrat, so ist es das Bestreben des greisen Herrschers, seinem Erben ein Reich zu hinterlassen, das stark nach Außen, im Innern geeint die Bürgschaft seiner Dauer in der Kraft und Zufriedenheit seiner Bürger trüge. **Was in den letzten Wochen zur Kräftigung des europäischen Friedens geschehen, davon ist das Gedächtniß noch frisch.** Was aber Kaiser Wilhelm als die Krönung seiner ruhmreichen Heldenlaufbahn betrachtet, daran kann nie oft und eindringlich genug gemahnt werden: es ist die Besserung der Lebenslage der Nothleidenden. Kaiser Wilhelm hat die Ueberzeugung gewonnen, dem Nothstande der Massen ausgiebige Abhilfe zu schaffen und von Staatswegen Denen Erleichterung zu gewähren, die bei aller Arbeitslust und Arbeitskraft sich und den Ihrigen kaum die Gegenwart, geschweige denn die Zukunft sichern können. In der Unterstützung des sozialen Reformwerks des Kaisers bekunden wir am besten unseren Patriotismus an dem heutigen Festtage.

Eine Voraussetzung für das Gelingen des Reformwerks ist das Nichtgestörtsein desselben durch die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Was mit dem Sozialistengesetz wird, läßt das Berliner Telegramm, eine Spalte weiter rechts, erkennen. Die Entscheidung liegt einzig beim Centrum, will sagen: bei Windthorst. Unbedingt werden die 120 Abgeordneten der Rechten das Sozialistengesetz verlängern, unbedingt die 170 der Linken es aufheben: wohin sich die 100 Stimmen des Centrums schlagen, da wird die ausschlaggebende Mehrheit sein. Windthorst sucht die Entscheidung möglichst hinauszuschieben. Er beantragt daher die Verweisung des Gesetzes an eine Kommission. In dieser soll das Centrum endgiltige Stellung fassen. Bis dahin aber liebäugelt der gewandte Staatsmann mit beiden Parteien. Auf die freundlichen Mienen der Sozialdemokraten ist es gemünzt, wenn Windthorst ausruft: Ja, wenn die Sozialdemokratie sich so voll und ganz auf den Boden der sozialen Reform stellt, wie sie es heute durch den Abg. Hasenclever hat versichern lassen, dann muß man Augenblicks das Sozialistengesetz aufheben. In der nächsten Minute aber erinnert sich Windthorst, daß die Oberpriester der Sozialdemokratie im Reichstage selbst Aeußerungen thaten, welche direct auf Revolution hinzielten. Man ersieht daraus: Windthorst hält sein letztes Wort zurück. Für die Zustimmung des Centrums zu der Verlängerung des Sozialistengesetzes verlangt Windthorst Concessionen auf kirchenpolitischem Gebiete. Er hütet sich weislich, den Kaufpreis öffentlich zu nennen; aber daß ein Handelsgeschäft im Zuge, ist aus Allem herauszumerken. Soll man den Versicherungen der Sozialdemokraten trauen, so ist es ihnen ganz Pomade, ob das Sozialistengesetz verlängert oder aufgehoben wird. Ihre frühere Lieblingsbezeichnung: „Wir pfeifen auf das Gesetz", ist jetzt dem Ausdrucke gewichen, daß sie der Verlängerung dieses Gesetzes „mit dem ganz ausgesprochenen Gefühle der Wurschtigkeit gegenüberstehen". Bebel zählte sogar Vortheile auf, welche der sozialdemokratischen Partei lediglich aus dem Bestehen dieses Gesetzes erwachsen wären; das ist wohl in einzelnen Fällen richtig. Sonst aber ist es gar nicht zweifelhaft, daß die Aufhebung des Sozialistengesetzes jetzt wie eine Windsbraut auf glimmende Stoffe wirken würde — man würde Etwas erleben, wenn jetzt die Sozialdemokraten ihre wüste Agitation wieder entfesseln dürften!

Wenn Etwas dankenswerth ist in den Kundgebungen der Sozialdemokraten, so ist es das offene Wort Hasenclever's, daß sich seine Partei auch durch das Sozialistengesetz nicht dem Anarchismus in die Arme treiben ließe. Mag er auch für die Zukunft Recht behalten! Aber den Zweifel, ob dies möglich sei, hat er nicht widerlegt. Der Minister v. Puttkamer glaubte den Worten Bebel's, daß die parlamentarische Sozialdemokratie keine Solidarität mit den Anarchisten habe, schlechterdings nicht. Denselben Most, der jetzt von den Sozialdemokraten als Halunke und Verrückter nicht schlecht genug gemacht werden kann, nannte früher Herr Bebel „seinen Freund Most!" Jetzt suchen die Führer der Sozialdemokraten die wahnsinnigen Bestrebungen der Anarchisten abzuschütteln, aber **ebenso wahr ist es, daß die bürgerliche Gesellschaft nach dieser** Richtung hin des Schutzes bedarf. Es ist schlechterdings unmöglich, den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie mit den Mitteln des gemeinen Rechtes zu Leibe zu gehen. Die Sozialdemokratie hängt sich förmlich mit ihrer Propaganda in die Volksseele hinein und da reicht die Gesellschaft mit den gewöhnlichen Maßregeln nicht aus. Fürst Bismarck schob die Verantwortlichkeit für die Folgen der Nicht-Verlängerung des Sozialistengesetzes Denen zu, die erst Feuer und Petroleum sehen wollten, bis der Staat eingriffe. „Unser Recht, rief Bismarck aus, dieses Ausnahmegesetz fortbestehen zu lassen, schöpfen wir aus der Pflicht der Erfüllung einer christlichen Gesetzgebung". Wenn Bebel behauptet habe, daß die Sozialdemokratie nirgends besser gedeihe als im Treibhause des Sozialistengesetzes, so gab Bismarck dafür einen trennderen Erklärungsgrund an: es ist die Unterstützung, welche die Sozialdemokratie durch die Fortschrittspartei, namentlich durch deren Agitations- und Kampfesweise, erhält. Die fortschrittliche Methode besteht darin, die Regierung und ihre Maßregeln verächtlich zu machen und die Zahl der Unzufriedenen zu vermehren, die von dieser Regierung Nichts erwarten, zu ihr kein Vertrauen haben. Der Regierung wird in der Fortschrittspresse nachgeredet, daß sie schmutzige Nebenzwecke bei ihrer Politik verfolge; Eugen Richter sprach von einer „Schnapspolitik" Bismarcks und meinte, daß der Vortheil der Brennereien und theuke Schnapspreise eigentlich die Hauptsache für die Reichsregierung sei. Solche Verlogenheit untergräbt bei den Arbeitern das Vertrauen, daß eine Regierung, die solche Dinge treibt, in Wirklichkeit soziale Reformen auf ihr Panier geschrieben habe. Wiederholt hat Bebel früher ausgeführt, daß die Uneinigkeit der Ordnungsparteien das beste Mittel für das Vorwärtskommen der Sozialdemokraten sei — Bismarck bestätigte das Zutreffende dieser Bebel'schen Bemerkung, indem er die giftige Feindschaft der Fortschrittspartei gegen die wohlgemeintesten Sozialreformpläne der Regierung als Hauptursache für das Wachsthum der Sozialdemokratie hinstellte. Ein wahres Wort hat auch der Sozialdemokrat Grillenberger gesprochen: „die goldne Internationale ist jeder Kulturentwicklung bei Weitem schädlicher als die Arbeiterbewegung". Hierfür sei ihm im Namen Aller, denen es Ernst ist mit der Besserung der Lebenslage der Arbeiter, aufrichtig gedankt. Aber, sieht denn Grillenberger nicht, daß die goldne Internationale die rothe lenkt? Und sollte auch Bismarck **das nicht gehaben?**

Italien hatte erst eine Minister-, dann eine Kammerpräsidenten- und hat jetzt wieder eine Ministerkrisis. Den äußerlichen Anlaß zu diesen Wirren gab das Universitätsgesetz, ein schlechtes Gesetz, das die ungesunden Zustände des höheren Unterrichtswesens nicht beseitigte. Es verminderte nicht die Zahl der kleinen Universitäten in Italien, wollte sogar eine neue in Bari errichten und stellte den Professoren, die jetzt als Aerzte, Advokaten und Journalisten sich einen Nebenverdienst verschaffen müssen, keine Gehaltsaufbesserungen in Aussicht. Das Gesetz wurde von der Kammer jämmerlich zerzaust, trotzdem aber mit 8 Stimmen Mehrheit schließlich angenommen. Damals wollte das Ministerium Depretis zurücktreten, that es aber nicht. Jetzt nahm der Kammerpräsident Farini aus nichtigem Grunde, weil ihn etwas geärgert hatte, — Näheres siehe Tagesgeschichte — seine Entlassung. Zwar erwählte die Kammer denjenigen Deputirten, den die Regierung vorschlägt, zum neuen Präsidenten, aber mit so geringer Mehrheit, daß derselbe einsieht, es fehle ihm doch das feste Vertrauen der Kammer und nun wirft die ganze Regierung die Flinte ins Korn. Also vollständige Ministerkrisis und Anarchie im Parlament. Die Lage wird noch durch die andauernde Krankheit des Ministers Depretis besonders verwickelt. Es ist ein neuer Beitrag zu der alten Misere, unter welcher Italien mehr als ein anderer konstitutioneller Staat leidet: Ehrgeiz der Führer, Durchstechereien der Parteien, Cliquenwesen. Das ganze Parlament intriguirt, aber es arbeitet nicht. Was inzwischen aus den Interessen des Landes wird, ob die Geschäfte stocken, was kümmert das diese Berufspolitiker?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 21. März.

Berlin. Der Präsident eröffnete die Sitzung mit Mittheilung eines Schreibens des Reichskanzlers, in dem die Genehmigung des Reichstags zur strafrechtlichen Verfolgung des Müllers Jacob Havelland wegen Beleidigung des Reichstags nachgesucht wird. Dann wird die erste Berathung der Vorlage betr. die Verlängerung des Sozialistengesetzes fortgesetzt. Abg. Dr. Hänel (freis. Partei) erklärt, daß seine Freunde bereit seien, der Verweisung der Vorlage an eine Kommission zuzustimmen und wendet sich dann zu der gestrigen Rede des Reichskanzlers. Auf der Linken habe man mit mathematischer Genauigkeit voraus berechnet, daß die gestrigen persönlichen Angriffe kommen würden; deshalb hatten sich die Redner der Linken zurückschreiben lassen. Die gestrige Rede des Reichskanzlers habe bewiesen, daß Niemand weniger berechtigt wäre als der Reichskanzler, die Mahnung an das Haus zu richten, persönliche Angriffe zu unterlassen. Um die Wirkung dieser Art der Polemik des Reichskanzlers nicht abzuschwächen, unterlasse er es, darauf einzugehen. Gegen die Behauptung des Reichskanzlers, die Fortschrittspartei züchte durch ihre Opposition die Sozialdemokratie, antworte er mit der entgegengesetzten Behauptung gegen Behauptung. Energischer weise er aber die Behauptung zurück, die Fortschrittspartei habe die Kaiserliche Botschaft angegriffen; im Gegentheil, sie habe die Zielpunkte derselben voll anerkannt; sie hätte, wenn sie es nicht gethan, sich selbst ins Gesicht geschlagen. Der Beweis, daß die freihändlerische Politik eine dem Arbeiterstande unfreundliche sei, müsse erst geführt werden. Es sei noch nicht nachgewiesen, daß die Arbeiter in der Lage seien, die Vertheuerung durch die Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel abzuhalten oder den höheren Preis durch erhöhten Arbeitslohn zu compensiren. Das Versicherungswesen der Arbeiter sei auf Seiten der Fortschrittspartei zu allererst vertreten worden, hier seien zuerst nach dieser Richtung positive Vorschläge gemacht worden; hätte man dieselben verfolgt, so wären Hunderttausende von Arbeitern mehr versichert. Die Versicherungsgenossenschaften, wie sie die Regierungsvorlage wolle, seien einseitige Coalitionen der Arbeitgeber, die das gegenseitige Mißtrauen nur erhöhen. Die Denkschrift ziehe die in letzter Zeit vorgekommenen Verbrechen mit herein, diese Verbrechen hätten aber mit dem Sozialistengesetze nichts zu thun; dieselben fielen unter das gemeine Recht. Das Sozialistengesetz verhindere sie nicht; ja die Attentate unter der Napoleonischen Herrschaft, die nihilistischen Verbrechen in Rußland bewiesen, daß solche Ausnahmegesetze die gegentheilige Wirkung erzeugen. Die, welche früher für das Gesetz gestimmt, seien gar nicht gebunden, auch für die Verlängerung zu stimmen. Aus der Rede des Reichskanzlers geht hervor, daß die Regierung an eine Rückkehr, oder auch nur an einen Ueberhang zum gemeinen Recht nicht denke. Der Termin für diese Rückkehr sei mehr als je hinausgerückt. Man habe sogar die Möglichkeit jedes, wenn auch noch so milden Ueberganges geleugnet, denn anders sei es nicht zu verstehen, wenn sich die Regierung sogar gegen die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission äußert. Das Gesetz habe keinen Erfolg gehabt. Die Organisation der Sozialdemokratie sei von der Oberfläche mehr verschwunden, sie sei dadurch unangreifbar geworden. Die Sozialdemokratie habe sich an Zahl nicht vermindert; im Reichstage sei die sozialdemokratische Fraktion heute stärker als je. Der Staatssozialismus fördere die Sozialdemokratie. (Der Reichskanzler tritt in das Haus ein.) Die Lassalle'sche Auffassung sei es, die der Reichskanzler als eine berechtigte hingestellt habe. Der Minister habe gestern geschildert, wie sich Bebel in seinem Buche über die Frau die allmälige Sozialisirung der Gesellschaft vorstelle; er trage Herrn Bebel auf sein Gewissen, ob er die Motive zu seiner Darstellung nicht in der Begründung der Tabaksmonopolvorlage gefunden habe. Die arbeitenden Massen hätten ein hohes Selbstbewußtsein gewonnen; sie wollen keine Wohlthaten von oben empfangen, sondern sie wollen selbst mitwirken an der Förderung ihrer Interessen. Unter dem Druck des Sozialistengesetzes werde keine Reform auf sozialem Gebiete den Dank der Arbeiter finden. (Zustimmung bei den Sozialdemokr.) Durch das Sozialistengesetz werde die Bekämpfung der Sozialdemokraten unmöglich gemacht; man könne sie nicht angreifen, denn sie könnten sich nicht vertheidigen. Das Sozialistengesetz werde durch die Regierung ungleichmäßig gehandhabt. Die mit dem Gesetz erzielten Vortheile ständen mit den Nachtheilen, die es nach sich zog, in keinem Verhältniß, so daß es nicht gerechtfertigt wäre, der Verlängerung zuzustimmen. (Beifall links.) Abg. v. Kardorff erklärt, daß die Reichspartei gegen die Verweisung des Gesetzes an eine Kommission stimmen werde. Dem Gesetze sei es zu danken, daß wir von den Ausschreitungen verschont geblieben, die in anderen Ländern vorgekommen sind. Der hauptsächlichste Vortheil sei aber der, daß die Sozialdemokraten heute selbst eine ganz andere Stellung einnehmen als früher; die gestrigen Reden klangen ganz anders als die, welche man früher von den Herren zu hören bekam. Kardorff fährt fort: hier treten deutlich die Unterschiede unter den Sozialisten hervor. Hasenclever und Grillenburger bemühen sich nur um die soziale Reform, während v. Vollmar und Bebel darüber anderer Ansicht sind. Früher vertheidigte Bebel hier die Pariser Kommune. Es sei eine Verlängerung im Interesse der Sozialreform nothwendig, das Centrum brauche schwerlich andere Erwägungen, da die Verhandlungen zwischen der Regierung soweit gediehen seien, daß eine Beilegung des Konflikts sicher zu erwarten sei. Auch unter dem Sozialisten-Gesetz sei es möglich auf Reformen bei den Arbeitern hinzuwirken. Sonnemann (Volkspartei) gegen die Verlängerung, er deutet an, daß bei dem Frankfurter Dynamit-Attentat die Behörden nicht unbetheiligt gewesen seien. Minister Puttkamer weist dies entschieden zurück. Jagdzewski (Pole), Langwerth von Simmern (Welfe) gegen die Verlängerung. Fürst Bismarck weist der Bemerkung Jagdzewski's gegenüber darauf hin, daß die Theilung Polens in Folge der inneren Wirren und daß die Verfolgung der Dissidenten und Evangelischen, welche namentlich das Thorner Blutbad verursachen, die fremde Einmischung herbeiführten. Liebknecht will in Frankfurt erfahren haben, daß ein Mitbetheiligter des Dynamit-Attentats nothwendig im Dienste der Behörde gestanden haben müsse. Die Polizei sei zur Spionir-Anstalt geworden (der Präsident rügt diesen Ausdruck), selbst in diesem Hause und zwar auf der Journalisten-Tribüne sei ein ganzer Schwarm Geheimpolizisten anwesend. Hänel hänge an den Rockschößen Stöcker's, Stöcker an den Rockschößen Bismarck's. Die geplante Sozial-Gesetzgebung sei nur eine Polizei-Gesetzgebung, die sozialdemokratische Organisation werde durch das Gesetz nicht berührt; dasselbe sei eine Schande für deren Urheber. Der Präsident ruft Liebknecht zur Ordnung und konstatirt nach eingezogenen Erkundigungen, daß auf der Journalisten-Tribüne nur Journalisten anwesend seien. Langwerth von Simmern (Welfe) gegen das Gesetz. Windthorst für Kommissions-Verweisung. Liebknecht: Beim Beginn der Sitzung sei Polizeirath Krüger mit fünf Mann in's Haus getreten und seien dageblieben bis Bismarck sich entfernt habe, einige seien noch auf den Tribünen. Präsident Levetzow sagt Ermittelung zu. Lenzmann: Es sei nicht angängig, daß der Reichstag polizeilich überwacht werde, Minister Puttkamer müsse darüber Auskunft geben. Puttkamer will diese Auskunft privatim geben. Dann wird die Vorlage einer 21gliedrigen Kommission überwiesen. Nächste Sitzung Montag (kleine Vorlagen, Altengesetz).

Swinchow, den 21. März. Der Verwaltungsrath der Dux-Bodenbacher Eisenbahn hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die diesjährige ordentliche Generalversammlung in der zweiten Hälfte des April in Teplitz abzuhalten und in derselben die Vertheilung einer 9proz. Dividende zu beantragen.

Budapest. Die beim Eisert'schen Raubmorde zu Wien in Verlust gerathenen Effekten wurden bei der hiesigen Escompte- und Wechslerbank sämmtlich aufgefunden. Die Abendblätter veröffentlichten nämlich erst jetzt das zusammengestellte amtliche Verzeichniß der Effekten; darauf erschien Abends ein Beamter der genannten Bank bei der Polizei, meldend, daß jene Effekten bei der Bank von unbekannten Individuen verpfändet worden seien. Es wurden 21 Liesinger Brauerei-Aktien und 2 Genois-Loose entdeckt. Erstere waren unter dem Namen Konrad Wilckens, letztere unter dem Namen Salomon Blau deponirt. Unter dem Ersteren vermuthet die Polizei den Kammerer.

Berliner Börse. Die Bedingungen für die Konvertirung der ungarischen Goldrente sind definitiv festgestellt, die 4proz. Rente wird mit 77½ Prozent zur Subskription gestellt, während die 6proz. zu 103 Prozent in Umtausch angenommen wird. Auf der heutigen Börse übte das Bekanntwerden dieser Bedingungen, durch welche die Konversion zur vollendeten Thatsache wird, keinerlei Einfluß, die Spekulation verharrte in größter Reserve. Die Stille des Verkehrs schien sogar noch empfindlicher, als in den letzten Tagen und übte einen unverkennbaren Druck auf die Haltung. Die Kurse setzten niedriger ein, als sie gestern schlossen und konnten sich auch im weiteren Verlaufe nicht nennenswerth befestigen. Der Schluß der Börse zeigte wenigstens geringere Verkaufslust, eher einiges Steigen. Spekulative Banken etwas schwächer, Kassabanken fest. Von deutschen Bahnen Ostpreußen stark schwankend, schließlich 2 Proz. höher. Auch Marienburger waren fester, Kassabahnen meist schwächer, fremde Bahnen vernachlässigt, unverändert, österreichische Prioritäten geschäftslos, Bergwerke lustlos, schwach, auch bei den Industriellen wiegen sich Gewinne und Verluste ziemlich auf, deutsche Fonds wenig verändert, fremde Renten nicht ganz fest.

Frankfurt a. M., 21. März. Creditactien 275¼. Staatsbahn 367. Lombarden 120¾. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Gallizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 77¼. 1877er Russen —. 80er Russen —. 1. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 2. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Türkenlose —. Egypter 68. Gotthardbahn —. Mainzer —. Fest.

Wien, 21. März. Credit 324,10. Staatsb. 341,50. Lombarden 142,50. Marknoten 46,35. Napoleonsd'or 9,00. Ung. Credit 327,00. Silberrente —. Ruhig.

Paris, 21. März. (Schluß.) Rente 75,60. Anleihe 106,50. Italiener 93,75. Staatsbahn 604,00. Lombarden 317,50. Ital. Prioritäten —. Egypter 512. Oesterr. Goldrente —. Spanier 61¾. Ottomanen 647. Fest.